

Stellungnahme

Zum Entwurf einer Mitteilung zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse („Important Projects of Common European Interest“ – IPCEI)

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Transparenz-Register: 1771817758-48

Stand: 19.04.2021

1. Einleitung

Die Europäische Kommission hat am 23. Februar 2021 einen Entwurf ihrer überarbeiteten Mitteilung zu den Kriterien für die Würdigung der Vereinbarkeit von staatlichen Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse („Important Projects of Common European Interest“ – IPCEI) aus dem Jahr 2014 nebst Erläuterungen vorgelegt.

Der BDI hatte schon 2014 befürwortet, dass die Kommission mit ihrer Mitteilung eine Orientierungshilfe hinsichtlich ihrer Würdigung der staatlichen Finanzierung von IPCEI veröffentlicht. Der BDI begrüßt die Überarbeitung der Mitteilung und die diesbezügliche laufende Konsultation im Lichte neuer politischer Zielsetzungen der Europäischen Kommission und der Erfahrungen mit der ersten, wenngleich limitierten Anzahl von IPCEI. Wir möchten betonen, dass die Zulassung eines IPCEI auch weiterhin stets nur nach einer wettbewerbsrechtlichen Prüfung erfolgen darf. Der Mitteilungsentwurf der Kommission enthält insoweit grundsätzlich sinnvolle Kriterien zum Schutz des Wettbewerbs im EU-Binnenmarkt.

Der BDI teilt insbesondere die Ansicht der Kommission, dass:

- IPCEI aufgrund ihrer positiven Spill-over-Effekte auf den Binnenmarkt und die europäische Gesellschaft als Ganzes einen sehr wichtigen Beitrag zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Wirtschaft leisten können.
- Wissen, Know-how, finanzielle Mittel und Wirtschaftsbeteiligte aus der gesamten Union im Rahmen von IPCEI zusammengeführt werden können, um schwerwiegende Marktstörungen oder systemische Ausfälle zu beheben und gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen, die ansonsten nicht gelöst werden könnten.
- IPCEI alle Politikbereiche und Maßnahmen unterstützen können, die gemeinsame europäische Ziele verfolgen, wie beispielsweise den europäischen Grünen Deal, die Digitalstrategie, die neue Industriestrategie für Europa oder „Next Generation EU“.
- es unter Berücksichtigung der Strategie für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wichtig ist, dass KMU an IPCEI teilnehmen und von ihnen profitieren können.

Zudem hatte der BDI bereits im Rahmen seiner Positionen zur Industriepolitik, zum Green Deal und zur Modernisierung des Beihilferechts einschließlich der Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien auf die besondere Bedeutung der IPCEI hingewiesen. IPCEI als strategische und langfristig wirkende Innovationsvorhaben ermöglichen

die Umsetzung von technologiepolitisch bedeutsamen Innovationen, insbesondere solchen mit hohem transformatorischem Charakter. IPCEI sind somit ein wesentliches Instrument zur Sicherung europäischer Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Souveränität sowie zur Förderung von marktnahen Innovationen in allen Mitgliedstaaten. Eine gesamteuropäische Perspektive ist daher von wesentlicher Bedeutung.

Gegenwärtig entwickeln sich IPCEI in den Sektoren Energie und Klima, Digitalisierung und Automation sowie daran anknüpfenden Gebieten dynamisch. Der grüne und digitale Wandel erfordert enorme Investitionen und ein hohes Maß an Koordination, auch branchenübergreifend. Aus Sicht des BDI sind IPCEI wichtige Instrumente, um die Innovationskraft Europas und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie im globalen Kontext zu stärken.

Die EU muss auf die zunehmenden staatlichen Anreize für bestimmte Industrien außerhalb Europas reagieren, z. B. staatliche Beihilfen in China und den USA im zwei- bis dreistelligen Milliardenbereich (EUR). IPCEI spielen eine wichtige Rolle, um europäischen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, weiterhin in Europa zu investieren und die globalen Marktanteile der in Europa ansässigen Produktion zu erweitern. Dafür erforderlich sind eine breitere Ausrichtung, mehr Praxisfälle und schnellere Genehmigungen.

Der BDI kommentiert die vorgeschlagenen, weitgehend umsichtigen Änderungsvorschläge im Entwurf der überarbeiteten IPCEI Mitteilung des Weiteren wie folgt:

2. Konkrete Vorschläge für eine Überarbeitung

Beschleunigung der Prozesse

Die Zeitspanne zwischen Förderantrag und Projektstart muss verkürzt werden, um eine zeitnahe Realisierung zu gewährleisten. IPCEIs sind Projekte in international stark umkämpften Bereichen. Zeit ist ein wichtiger Faktor, um einen Wettbewerbsvorsprung aufbauen bzw. halten zu können. Die IPCEI-Prozesse in den einzelnen Mitgliedstaaten sind derzeit zeitlich nicht aufeinander abgestimmt und erfolgen teilweise in mehreren Wellen. Hier ist eine bessere Koordinierung sowie eine angemessene Abstimmung auch schon in der Voranmelde- und Notifizierungsphase dringend erforderlich. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, das Verfahren dabei so kurz wie möglich zu halten. Sobald ein IPCEI genehmigt wird, müssen die Förderungen nach einem vorhersehbaren Zeitplan einschließlich synchronisierter Finanzierungsentscheidungen in den beteiligten Mitgliedstaaten ausgezahlt werden, um die Investitionssicherheit für private Partner zu gewährleisten. Es sollte auch klargestellt werden, zu welchem Zeitpunkt die Projektteilnehmer mit dem eigentlichen Vorhaben beginnen dürfen, da es hierzu unterschiedliche Regelungen in den Mitgliedstaaten geben kann.

Keine Zielbegrenzung

Der Mitteilungsentwurf sieht einen horizontalen Ansatz für die Beurteilung großer grenzübergreifender Vorhaben vor, die für die EU und für die Verwirklichung der EU-Wachstumsstrategie Europa 2020 von besonderer Bedeutung sind. Die Kommission hat dabei beispielsweise grenzübergreifende Verkehrsprojekte, Energieinfrastrukturprojekte, Forschungsinfrastrukturen oder gesamteuropäische Investitionen in die Entwicklung von Schlüsseltechnologien vor Augen. Die Kommission erachtet es als notwendig, Verweise auf neuere relevante Initiativen, wie den Green Deal, die digitale Strategie und die Industrie-/KMU-Strategie, einzufügen (siehe Ziff. 4, 5 und 15 des Entwurfs der IPCEI-Mitteilung). Ausdrücklich wird auch die Möglichkeit genannt, im Rahmen der IPCEI-Mitteilung große grenzüberschreitende Projekte im Gesundheits- oder Digitalbereich durchzuführen, die für die jeweiligen Strategien von großer Bedeutung sind (vgl. Ziff. 26 des Entwurfs).

Die Bezüge zu neuen politischen Strategien, z. B. dem EU Green Deal, befürwortet der BDI, weil damit Kohärenz zu wichtigen und richtigen Rahmensetzungen in der EU hergestellt wird. Die Kommission sollte allerdings noch deutlicher herausstellen, dass IPCEI für alle Wirtschaftsbereiche und Maßnahmen, die gemeinsame europäische Ziele erfüllen, relevant sein können, auch für solche, die erst in der

Zukunft entwickelt werden. Es sollte deutlich werden, dass der Mitteilung insofern kein abschließender Charakter zukommt.

Zukünftig sollte das Instrument eines IPCEI auch für weitere Schlüsseltechnologien und Schlüsselindustrien genutzt werden, um unter fairen innovationspolitischen Rahmenbedingungen weltweit technologisch führend zu werden. IPCEI sollten die Industrie in die Lage versetzen, die Lücke zwischen F&E&I und wirtschaftlich tragfähiger Produktion (Skalierung, nicht nur Machbarkeit) zu schließen. In Zukunft sollte ein stärkerer Fokus auf die Förderung der ersten gewerblichen Nutzung gelegt werden.

Schwerwiegendes Marktversagen (Ziff.16)

Die IPCEI sollen auf die Behebung schwerwiegenden Marktversagens oder systemischer Ausfälle begrenzt werden. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass Markt- und Systemversagen auch bei unzureichender technologischer Souveränität vorliegen kann. Die EU sollte hier die Notwendigkeit anerkennen, kritische Abhängigkeiten abzumildern und damit auch die wichtige Rolle von IPCEI für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie im globalen Kontext stärken.

Gemeinsames europäisches Interesse – Beteiligung von Mitgliedsstaaten (Ziff. 17 und 18 des Entwurfs)

Die Kommission schlägt vor, dass künftig an einem Vorhaben mindestens vier Mitgliedstaaten beteiligt sein sollen, sofern nicht die Art des Vorhabens eine geringere Zahl rechtfertigt (Ziff. 17 und Fußnote 17). Das erscheint grundsätzlich akzeptabel, um den grenzüberschreitenden europäischen Charakter eines IPCEI sicherzustellen. In begründeten Einzelfällen sollten aber dennoch auch IPCEI, an denen weniger als vier Mitgliedstaaten beteiligt sind, angenommen werden können, wie von der Kommission vorgeschlagen. In Fußnote 17 nennt die Kommission bereits einige Beispiele, wann dies der Fall sein kann, etwa bei miteinander verbundenen Forschungsinfrastrukturen oder TEN-V-Vorhaben. Hier sollten zusätzlich auch TEN-E-Vorhaben aufgelistet werden.

Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass auch von weniger als vier Mitgliedstaaten finanzierte Vorhaben, die einen erheblichen Beitrag zu einem Unionsziel leisten, einen positiven *spill-over*-Effekt auf andere Mitgliedstaaten ausüben und damit ebenfalls einem wesentlichen Teil der Union zugutekommen können. Darunter können beispielsweise große Industrieprogramme der gesamten Wertschöpfungskette fallen, die in wesentlichen Teilen des Binnenmarkts angesiedelt sind.

Kofinanzierung (Ziff. 20)

In Ziffer 20 des neuen Mitteilungsentwurfs verlangt die Kommission, dass der Empfänger einen erheblichen Kofinanzierungsbeitrag zu dem Vorhaben leisten muss. Ihrer Begleiterklärung zum neuen Mitteilungsentwurf zufolge (*Explanatory note accompanying the public consultation on the review of the IPCEI Communication*) soll diese Voraussetzung der Verhältnismäßigkeit der Beihilfe und der Vermeidung negativer Effekte dienen. Der BDI plädiert dafür, den Begriff der erheblichen Kofinanzierung weiter zu präzisieren. Es sollte aus der Mitteilung klar hervorgehen, wann die Erheblichkeitsschwelle erreicht wird. Insbesondere sollte der Kontext zur Verhältnismäßigkeit der Beihilfe sowie zur Vermeidung negativer Effekte verdeutlicht werden. Ein hoher Kofinanzierungsbeitrag kann es KMU und Startups erschweren, an dem IPCEI teilzunehmen.

Unklar bleibt auch, welche Leistungen unter den Kofinanzierungsbeitrag fallen. So bleibt offen, ob der Kofinanzierungsbeitrag auch (zum Teil) durch Personal- oder Sachleistungen erbracht werden kann oder durch das Bereitstellen von Software, Waren oder Immobilien.

Nach Ziffer 38 der aktuellen Mitteilung werden Vorhaben mit erheblichen Eigenbeiträgen der Beihilfenempfänger bevorzugt berücksichtigt. Dieser Wortlaut findet sich nun in Ziffer 42 des neuen Entwurfs wieder. Auch dort sollen Vorhaben mit einem erheblichen Beitrag der Beihilfeempfänger bevorzugt werden. Es sollte klargestellt werden, inwiefern die Begriffe der erheblichen Kofinanzierung in Ziffer 20 und des erheblichen Beitrags in Ziffer 42 identisch sind oder ob sie sich inhaltlich unterscheiden. Es könnte widersprüchlich sein, einerseits eine erhebliche Kofinanzierung des Beihilfeempfängers als Voraussetzung für das gemeinsame europäische Interesse festzulegen und diesen Beitrag noch einmal hinterher bei der Bewertung des Vorhabens zu würdigen. Die bevorzugte Berücksichtigung eines IPCEI sollte thematisch begründet werden und von der Bedeutung für die europäische Volkswirtschaft abhängen und nicht von der Höhe der Kofinanzierung.

KMU-Beteiligung (Ziff. 22 d)

KMU sollen künftig an IPCEI teilnehmen und von ihnen profitieren können. Dies soll durch die Aufnahme eines ausdrücklichen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit (Ziff. 5 des Entwurfs) erleichtert werden. Dahinter steht die These, dass kleinere Beihilfebeträge, z. B. für KMU, grundsätzlich weniger geeignet sind, den Wettbewerb übermäßig zu verfälschen. Außerdem sollen große Unternehmen möglichst KMU als Partner miteinbeziehen (Ziff. 22 d des Entwurfs), was ein Kriterium für eine „positivere Bewertung“ seitens der Kommission wäre.

Der BDI begrüßt die Initiative, KMU stärker an IPCEI zu beteiligen. Dies könnte spezielle zusätzliche Mittel zur Vorbereitung und Begleitung von KMU für und während der Projektteilnahme erfordern. Das Hauptkriterium für jede Beteiligung muss ihr Nutzen für das Gesamtziel und die Realisierung der IPCEI sein. Um die Expertise von KMU besser in IPCEI einbinden zu können, sollte der bürokratische Aufwand für die Teilnahme so gering wie möglich gehalten werden. Zudem sollte die Kommission KMU verstärkt auf IPCEI aufmerksam machen und beim Verfassen von Bewerbungen unterstützen. Die Einbeziehung von KMU sollte aber nicht dazu führen, dass andere größere Bewerber ausgeschlossen werden.

Während die Beteiligung von KMU als Teil des Ökosystems nützlich ist, erfordern IPCEI in der Regel auch eine erhebliche Beteiligung größerer Akteure der Branche, um signifikante Auswirkungen zu haben.

Einbeziehung der Taxonomieverordnung (Ziff. 22 f)

Die Heranziehung von Kriterien, wie der Anpassung an den Klimawandel oder dem Entgegenwirken desselben, der nachhaltigen Nutzung und des Schutzes von Wasser sowie maritimen Rohstoffen, der Förderung der Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft, der Kontrolle und Prävention von Umweltverschmutzungen, dem Schutz und der Wiederherstellung von Biodiversität und Ökosystemen, etc., wie sie im Rahmen der neuen Taxonomie-Verordnung erörtert werden, können grundsätzlich für die Projektbewertung in Betracht gezogen werden.

Es ist jedoch zu beachten, dass die Taxonomie in einem Kontext erarbeitet wird, der mit staatlichen Beihilfen nicht vergleichbar ist. Die Taxonomie adressiert den Einsatz privater Investitionen, staatliche Beihilfen haben aber häufig auch andere Zwecke und müssen sowohl gesamtwirtschaftlichen als auch sozialen Zielen Rechnung tragen. Die Taxonomie-Kriterien sollten aus Sicht des BDI daher nicht als verbindliche Prüfkriterien definiert werden. Ziffer 22 f sollte entsprechend angepasst werden.

Insgesamt steht die Anwendung von Taxonomie-Kriterien unter dem Vorbehalt, dass diese vorab unter Einbeziehung aller relevanten Interessenträger bestimmt und rechtskräftig verabschiedet wurden. Eine Anknüpfung an Kriterien, die Gegenstand noch nicht abgeschlossener Rechtssetzungsverfahren sind, verbietet sich aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit und würde mit der Gefahr einer Politisierung von rechtlichen Beurteilungen einhergehen. Sofern eine Anlehnung an Kriterien aus bestehenden Rechtsakten erwogen wird, muss sichergestellt werden, dass solche Kriterien einer eigenständigen beihilferechtlichen Auslegung unterliegen, mithin keine

Erwägungen aus dem jeweiligen bestehenden Rechtsakt übernommen werden, die mit der Systematik des Beihilferechts oder dessen Grundsätzen unvereinbar sind.

Definition der „ersten gewerblichen Nutzung“ (Ziff. 24 ff)

IPCEI sollen die Industrie befähigen, die Lücke zwischen F&E&I und wirtschaftlich tragfähiger Produktion (Skalierung, nicht nur Machbarkeit) zu schließen. Der BDI begrüßt, dass die beihilfefähigen Kosten im Rahmen der IPCEI-Mitteilung auch die Kosten für die erste gewerbliche Nutzung beinhalten können. Darunter versteht die Kommission nach Ziffer 25 „die Hochskalierung von Pilotanlagen, Versuchsanlagen oder neuartigen Ausrüstungen und Einrichtungen“, welche die auf die Pilotphase folgenden Schritte abdecken. Die Kommission sollte darüber hinaus prüfen, ob die derzeitigen Abgrenzungen sachgerecht sind oder ob kommerzielle Tätigkeiten noch stärker einbezogen werden sollten. Einerseits lässt Ziffer 25 bereits ein gewisses Maß an kommerziellem Bezug und Hochskalierung mit dem Ziel einer wettbewerbliehen Produktion zu. Andererseits könnte ein zu genereller Ausschluss von Investitionen im Zusammenhang mit dem industriellen Einsatz und kommerziellen Aktivitäten das Ziel und den Zweck der IPCEI-Förderung gefährden. Um eine Dynamik zu entfalten, damit die europäische Industrie zu einem bedeutenden weltweiten Akteur werden kann, sollte die Kommission über die Möglichkeit nachdenken, die Finanzierung von Aktivitäten, die mit der Produktionsphase einer Investition zusammenhängen, zumindest teilweise zuzulassen. Die Tatsache, dass solche Aktivitäten etwas "marktnäher" sind und daher möglicherweise eine größere Auswirkung auf den Wettbewerb haben als die Förderung reiner FuEuI-bezogener Aktivitäten, könnte z. B. durch niedrigere Beihilfeintensitäten für diesen Teil eines IPCEI ausgeglichen werden. Der per se Ausschluss von produktionsbezogenen Tätigkeiten erscheint zu starr und nicht geeignet, um strategische EU-Ziele zu erreichen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie – insbesondere mit Blick auf die öffentliche Unterstützung in anderen Regionen – zu erhalten.

Die Beschleunigung der Transformation unserer Volkswirtschaften in Richtung Klimaneutralität erfordert eine Konzentration auf die Ermöglichung von Investitionen in neue industrielle Lösungen. Der Green Deal ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe umzusetzen – die Industrie kann die Transformationskosten nicht alleine tragen.

Kontrafaktisches Szenario und Finanzierungslücke (Ziff. 32 bis 34)

Informationsanforderungen:

Um die Glaubwürdigkeit des vom Beihilfeempfänger dargelegten kontrafaktischen Szenarios zu belegen, soll der Mitgliedstaat, der das Vorhaben anmeldet, relevante interne Unterlagen des Beihilfeempfängers, wie Präsentationen des Vorstands, Analysen, Berichte und Studien, in denen solche alternativen Vorhaben erörtert werden, der Kommission zur Verfügung stellen.

Es sollte nach Auffassung des BDI in diesem Rahmen klargestellt werden, dass vertrauliche interne projektbezogene Unterlagen nur dem die Beihilfe gewährenden Mitgliedstaat zur Verfügung gestellt werden müssen. Der von der Kommission vorgeschlagene Mechanismus würde ansonsten zu einer doppelten Berichterstattungspflicht führen. Nur gemeinsame Informationen und *best practice*-Daten sollten an EU-Stakeholder und Projektpartner weitergegeben werden müssen. Geschäftsgeheimnisse sollten bestmöglich geschützt werden. Zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen sollten sich die Anforderungen an den Umfang der einzureichenden projektbezogenen Unterlagen, welche den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden müssen, stets am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz orientieren und sich auf das Nötigste beschränken.

Hinzu kommt, dass Partner des privaten Sektors kaum in der Lage sind, ex-ante Netto-Mehrkosten zu berechnen (Ziff. 32, 33), die in einer Situation ohne Finanzierung entstanden wären, und ein kontrafaktisches Szenario (ohne Hilfe) einzureichen. Dies ist noch schwieriger, wenn eine größere Anzahl von Projektpartnern beteiligt ist.

Finanzierungslücke:

Der BDI begrüßt die Absicht der EU-Kommission, für mehr Klarheit und weitere Orientierungshilfen zu sorgen, die insbesondere im Hinblick auf die Definition der Finanzierungslücke wichtig sind (Ziff. 34). Die Anforderungen an die Berechnung der Finanzierungslücke müssen transparent und harmonisiert sein.

Nach dem Vorschlag der Kommission soll sich die Beihilfehöchstintensität nach der festgestellten Finanzierungslücke in Bezug auf die beihilfefähigen Kosten richten. Wenn die Analyse der Finanzierungslücke dies rechtfertigt, könnte die Beihilfeintensität alle beihilfefähigen Kosten abdecken. Die Finanzierungslücke entspricht dem Vorschlag nach der Differenz zwischen den positiven und den negativen Cashflows während der Lebensdauer der Investition, abgezinst auf ihren aktuellen Wert auf der Grundlage eines angemessenen Diskontierungsfaktors, der dem

Zinssatz Rechnung trägt, den der Empfänger für die Durchführung des Vorhabens insbesondere in Anbetracht der damit verbundenen Risiken benötigt.

Der Absatz zur Ermittlung der Finanzierungslücke sollte weiter präzisiert werden. Aus dem Vorschlag geht nicht hervor, wie technische, regulatorische und finanzielle Risiken bei der Bestimmung der Finanzierungslücke effektiv berücksichtigt werden können. Auch erschweren die Definitionen von kontrafaktischem Szenario und Finanzierungslücke die Prüfung der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der Beihilfe. Nicht richtig erscheint die Bestimmung der Beihilfenhöchstintensität durch die festgestellte Finanzierungslücke in Bezug auf die beihilfefähigen Kosten (Rz. 34). Während die Beihilfenhöchstintensität und die beihilfefähigen Kosten nominale Werte darstellen, handelt es sich bei der Finanzierungslücke um einen diskontierten Wert. Die Finanzierungslücke einfach als Beihilfenhöchstintensität zu definieren, wird diesem grundlegenden Unterschied nicht gerecht. Dadurch wird das erklärte Ziel, die Finanzierungslücke zu schließen, schwer zu erreichen sein. Es bedarf einer klaren Regel, wie die Finanzierung diskontiert werden soll, wenn die beihilfefähigen Kosten mit der Finanzierungslücke verglichen werden. Insofern sollte der Begriff des angemessenen Diskontierungsfaktors klarer gefasst werden.

Europäische Unternehmen konkurrieren zu einem großen Teil auf globalen Märkten. Es sollte daher möglich sein, Aspekte des globalen Wettbewerbs bei der Berechnung der Finanzierungslücke zu berücksichtigen.

Kumulierung von Fördermitteln (Ziff. 36)

Begrüßt wird die Möglichkeit der Kumulierung von Fördermitteln (Ziff. 36). Soweit staatliche Beihilfen in Zukunft durch EU-Fördermittel ergänzt oder an EU-Projekte gekoppelt werden sollen, sollte dies jedoch nicht zu einer weiteren Komplexität in Bezug auf Antragsverfahren oder Projekt-, Abrechnungs-, Berichts- und Dokumentationsanforderungen führen.

Rückforderungsmechanismus (Ziff. 37)

Zur Gewährleistung der Verhältnismäßigkeit einer Beihilfe soll ein Rückforderungsmechanismus für zusätzliche Nettoeinnahmen des Beihilfeempfängers eingeführt werden, um zu gewährleisten, dass die staatliche Beihilfe angemessen und auf das erforderliche Maß beschränkt bleibt. Ein solcher Rückforderungsmechanismus wird in der Praxis bereits genutzt. Insofern ist es aus Gründen der Transparenz und Vorhersehbarkeit gut, wenn die Mitteilung zu den Modalitäten nähere Angaben enthält. Aus diesen Gründen sollten die Vorschriften zum Rückforderungsmechanismus so präzise wie möglich gefasst werden.

Der Rückforderungsmechanismus soll nach Auffassung der Kommission eine ausgewogene Aufteilung der Gewinne gewährleisten, wenn das Vorhaben rentabler ist als in der Analyse der Finanzierungslücke vorhergesehen. Der BDI stimmt der Kommission zu, dass der Mechanismus so konzipiert sein sollte, dass für die Beihilfeempfänger weiterhin Anreize bestehen, ihre Investition und die Leistung ihres Vorhabens zu maximieren.

Allerdings sollte die Möglichkeit für Rückforderungen nur in einem eingeschränkten Maße bestehen:

- Finanzielle Rückflüsse aus frühen Qualifizierungsmustern und Kleinserienfertigung (nicht wettbewerbsfähig) dürfen sich nicht auf die benötigte Förderung auswirken, sofern sie bei der Analyse der Finanzierungslücke berücksichtigt werden.
- Eine Einschränkung der Rückzahlungsverpflichtung im Falle finanzieller Rückflüsse aus einem IPCEI aufgrund einer schnelleren Marktakzeptanz des Produkts/der Technologie als zum Zeitpunkt der Berechnung der Finanzierungslücke erwartet, sollte gegenüber möglichen negativen Anreizen, Projekte zu verzögern, abgewogen werden.
- Der Rückforderungsmechanismus könnte auch dann problematisch wirken, wenn die Beträge möglicherweise nicht direkt verfügbar sind. Eine Rückforderung könnte dann zu wirtschaftlichen Problemen bei den vormals Begünstigten führen. Gewinne könnten beispielsweise in anderen juristischen Personen erzielt werden als in den F&E-Einheiten, die finanziert wurden.

Entsprechungsklausel (Ziff. 39)

Die Entsprechungsklausel sollte nach Auffassung des BDI noch einmal überarbeitet werden. Es ist für die Unternehmen schlicht nicht möglich, die Anforderungen der gegenwärtigen Entsprechungsklausel zu erfüllen, da sie nicht nachweisen können, welche Beihilfen der globale Wettbewerber erhalten hat. Die Begrenzung des Berücksichtigungszeitraums von Beihilfen, die ein Wettbewerber außerhalb der Union erhalten hat, auf drei Jahre, wird in Einzelfällen nicht ausreichend sein, Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel abzuwenden. Solche Wettbewerbsverzerrungen treten oft erst in einem späteren Zeitraum, der leicht drei Jahre übersteigen kann, auf; in diesen Fällen sollte der Berücksichtigungszeitraum entsprechend verlängert werden.

Es sollte auch beachtet werden, dass ein nicht in der EU ansässiger Wettbewerber zu einem Zeitpunkt in der Zukunft, nachdem in der EU-Beihilfen für IPCEI gewährt worden sind, Beihilfen erhalten kann, die über das gewährte Maß innerhalb der EU hinausgehen. Die IPCEI-Mitteilung sollte die Möglichkeit vorsehen, die bereits gewährten Beihilfen dementsprechend aufzustocken, um Benachteiligungen „im Nachhinein“ abzumildern.

Im letzten Satz der Ziffer 39 des Entwurfs heißt es, dass die Kommission auch geeignete Maßnahmen ergreifen kann, um durch außerhalb der EU erhaltene Subventionen bedingte Wettbewerbsverfälschungen zu beseitigen. Es geht aus dieser Regelung allerdings nicht klar hervor, dass bereits gewährte Beihilfen ausdrücklich aufgestockt werden können, um Benachteiligungen durch nachträglich eingetretene Wettbewerbsverfälschungen abzumildern. Dies sollte ergänzt werden.

Vermeidung negativer Auswirkungen von Beihilfen für IPCEI (Ziff. 49)

Um negative Auswirkungen von IPCEI-Beihilfen auszuschließen, schlägt die Kommission unter anderem vor zu prüfen, ob die Beihilfe Verlagerungen einer Produktionstätigkeit oder anderer Tätigkeiten in andere Staaten Vorschub leistet. Die Aufnahme dieser Bestimmung befürwortet der BDI. Eine Verlagerung der Produktionstätigkeit oder anderer Tätigkeiten in andere Staaten sollte nicht geschehen und würde eine Beeinträchtigung des Binnenmarktes bedeuten (Ziff. 49 des Entwurfs).

Über den BDI

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 40 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Ansprechpartner

Dr. Ulrike Suchsland
Referentin Abteilung Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik
Telefon: +49 30 2028-1408
u.suchsland@bdi.eu

Nadine Rossmann
Senior Manager Abteilung Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik
Telefon: +32 2 792-1005
n.rossmann@bdi.eu

Sigrid Linher
Senior Manager Abteilung Energie und Klimapolitik
Telefon: +32 2 792-1004
s.linher@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D 1359